

In West und Ost blüht ein neuer illiberaler Kapitalismus auf, erkennt **Jacek Rostowski**.

Die Zerstörer des freien Marktes



Bloomberg [M]

Populisten wie US-Präsident Donald Trump und Jarosław Kaczyński, der de facto die Fäden der polnischen Politik zieht, und autoritäre Führer wie der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan und der russische Präsident Wladimir Putin erwärmen sich nicht nur für das vom ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán bevorzugte Modell einer „illiberalen Demokratie“. Jeder von ihnen befürwortet auch eine Form von „illiberalem Kapitalismus“.

Doch was hat dieser illiberale Kapitalismus für diese Gesellschaften in West und Ost zur Folge, und inwiefern lässt er sich mit illiberaler Demokratie vereinbaren?

Als Nationalisten betrachten Trump, Kaczyński, Erdoğan, Putin und Orbán die Marktwirtschaft nicht als Instrument, das der Förderung der Dynamik, der Effizienz, des Wohlstands und der individuellen Freiheit dient, sondern vor allem als Möglichkeit, die Macht des Staates auszubauen.

Es hat in der Geschichte verschiedene autoritäre, rechte Denkschulen über das Verhältnis von Markt und Staat gegeben. In einem Extremfall haben die Nazis in Deutschland eine Planwirtschaft unter Beibehaltung von Privateigentum und hoher Einkommensungleichheit installiert. Im anderen Extremfall haben Sozialdarwinisten des frühen zwanzigsten Jahrhunderts in Europa und in den Vereinigten Staaten freie Inlandsmärkte gefordert, die das Land stärken würden, weil nur die „Stärksten“ überleben.

Heute aber befindet sich Wladimir Putins Russland am einen Ende des illiberal-kapitalistischen Spektrums. Putin betrachtet den Zusammenbruch der Sowjetunion größtenteils als wirtschaftliches Versagen, und er sieht ein, dass Privateigentum und der Markt die russische Wirtschaft robuster gegenüber westlichen Sanktionen machen können. Er glaubt aber auch, dass private Eigentumsrechte den Anforderungen des russischen „Sicherheitsstaates“ unterzuordnen sind und Eigentum somit stets an Bedingungen geknüpft ist.

Die Macht der Oligarchen

Wie es einem ehemaligen KGB-Offizier gebührt, ist der russische Präsident außerdem zutiefst davon überzeugt, dass der russische Staat das „letztgültige Eigentumsrecht“ am Privatvermögen aller seiner Bürgerinnen und Bürger besitzt; und das nicht nur in Russland, sondern auch im Ausland. International agierende russische Oligarchen und Unternehmen – wie etwa jene, die mit der Trump Organization ausgiebige Geschäfte gemacht haben – sind somit ganz eindeutig potenzielle Instrumente der russischen Außenpolitik.

Adolf Hitler hat einmal gescherzt, die Bolschewisten hätten zwar die Produktionsmittel verstaatlicht, die Nazis aber gleich das ganze deutsche Volk an sich. Obgleich „totaler“, ähnelt dies doch sehr wohl Putins persönlicher Auffassung des Verhältnisses zwischen Kapitalisten und Staat, der zufolge auch der reichste russische Oligarch im Grunde genommen Leibeigener des Staates ist.

Da Eigentum in Russland in der Hand von wenigen konzentriert ist, ist die Kontrolle des Kremls über Vermögen gleichbedeutend mit poli-

tischer Kontrolle. Anstatt zu versuchen, Millionen Angehörige der Bourgeoisie zu kontrollieren, kann der Staat die Geheimpolizei einsetzen, um ein paar Dutzend Oligarchen im Auge zu behalten.

Trump befindet sich am anderen Ende des illiberal-kapitalistischen Spektrums von heute: Große Ungleichgewichte in der Einkommensverteilung bereiten ihm ebenso wenig Kopfzerbrechen wie Putin. Er ist aber weniger geneigt, den Staat zu benutzen, um bestimmte Geschäftsleute (außer sich selbst und seinen Clan) zu begünstigen. Infolgedessen hat seine Regierung zahlreiche Maßnahmen seines Vorgängers Barack Obama per Dekret rückgängig gemacht.

Verlockender Protektionismus

Trotzdem ist Trumps Unterstützung der freien Marktwirtschaft mit Einschränkungen verbunden. Er ist für Protektionismus und billiges Geld, vermutlich, weil diese Positionen bei seiner Kernwählerschaft – der weißen Arbeiterschicht – gut ankommen.

Wenn Präsident Trump den Weg des Protektionismus zu Ende gehen sollte, werden US-Handelspartner allerdings Gegenmaßnahmen ergreifen, die oftmals direkt auf seine Basis abzielen. So hat die Europäische Union etwa unlängst mit Einfuhrzöllen auf Bourbon Whiskey aus Kentucky gedroht. Angesichts dieser Drohung wird sich Trumps wirtschaftlicher Populismus wahrscheinlich in Form von Zurückhaltung manifestieren – und Maßnahmen vermeiden, die der weißen Arbeiterschicht offenkundig schaden würden.

In der Türkei ist Recep Tayyip Erdoğan bereits im Jahr 2003 als Vorkämpfer frommer muslimischer Unternehmer in Anatolien an die Macht gelangt. Dem traditionellen Etatismus der kemalistischen herrschenden Eliten der Türkei hat Erdoğan dann marktfreundliche Reformen entgegengesetzt und durch die Unterstützung demokratischer Institutionen in der Türkei sein Engagement für den EU-Beitrittsprozess vorgetäuscht.

Mit dem Erreichen seiner politischen Ziele in der Türkei ist sein Bekenntnis zur Demokratie heute für Erdoğan überflüssig. Abzuwarten bleibt hingegen, ob er mit der kapitalistischen Marktwirtschaft ebenso verfahren wird. Schon als er an die Macht gelangte, hat Erdoğan's Eintreten für die freie Marktwirtschaft ihn nie davon abgehalten, imaginäre Wirtschaftsverschwörungen anzuprangern. Aber wenn er versuchen sollte, eine Rückkehr zum Etatismus einzuleiten, könnte sich die aufstrebende Unternehmer-schicht in der Türkei durchaus gegen ihn wenden.

Die Herangehensweise des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán an den Kapitalismus ist etwas komplexer. Obwohl er in westlichen Ländern oft als „Populist“ bezeichnet wird, ist sein Ansatz durchaus eine Kombination aus Sozialdarwinismus und Nationalismus. Einerseits hat er eine einheitliche Einkommensteuer eingeführt, von der die Reichen profitieren, und einen Kinderfreibetrag, der nur Haushalten mit höherem Einkommen zugutekommt. Andererseits pflegt er eine Clique „wohlwollender“ Oligarchen, die dazu beitragen, seine Macht abzusichern, nicht zuletzt durch die Kontrolle der ungarischen Medien.

„**Illiberale Demokraten, die der Politik den Vorrang geben, untergraben letztlich den Wohlstand und die Stärke ihres Landes und damit ihre eigene Legitimität.**“

Doch der stärkste Vertreter des Wirtschaftspopulismus unter den illiberalen Kapitalisten ist der Vorsitzende der polnischen Regierungspartei PiS, Jarosław Kaczyński. Angefangen hat er als Sozialdarwinist, der einst einen Kinderfreibetrag einführte, der später Orbán inspirieren sollte. Seit seine Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) 2015 erneut an die Macht gelangte, ist Kaczyński's politisches Aushängeschild ein monatliches Kindergeld in Höhe von 115 Euro, das Familien für jedes Kind ab dem zweiten in bar ausbezahlt wird.

Außerdem hat sich der in Polen überaus mächtige Kaczyński für die Anhebung der Mindestrente – nicht der Renten insgesamt – und für die Herabsetzung des Renteneintrittsalters eingesetzt, was bei der ländlichen Bevölkerung mit geringem Einkommen gut ankommt, auch wenn dabei die Tragfähigkeit des Rentensystems beeinträchtigt wird.

Wenn es um den internationalen Handel geht, poltert Kaczyński's Regierungspartei lautstark gegen den Protektionismus der anderen, der gegen polnische Interessen gerichtet sei, so etwa der Vorstoß des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, die Entsende-richtlinie der Europäischen Union zu reformieren.

Geduldete extreme Ungleichheiten

Die gegenwärtigen Beispiele für illiberalen Kapitalismus reichen von der Tolerierung extremer Ungleichheit bis zur Befürwortung massiver Umverteilung und von überbordendem Etatismus bis zur umfassenden Deregulierung der Märkte. Neben einem Hang zum Protektionismus scheint es nicht viele Gemeinsamkeiten zu geben. Weit wichtiger als die Wirtschaftspolitik der jeweiligen Regierung ist jedoch ihre politische Ausrichtung.

Es ist kein Zufall, dass alle fünf Regierungschefs, die hier angesprochen wurden, die Unabhängigkeit der Justiz ihres Landes angegriffen haben. Putin und Erdoğan sind dabei weitaus effektiver vorgegangen als Donald Trump mit seinen Tweets oder die PiS-Partei, deren angestrebte Justizreform in diesem Sommer nur ein Teilerfolg war. Unabhängige Richter werden jedoch in jedem Fall als konkurrierende Machthaber betrachtet.

Wenn die Machtpolitik in einem Land an erster Stelle steht, entsteht früher oder später stets die Versuchung, das Recht so zu beugen, dass es den eigenen Zwecken dient. Aber ohne eine gesicherte Rechtsstaatlichkeit verlieren Unternehmen das Vertrauen, dass Verträge und private Eigentumsrechte durchgesetzt oder von unabhängigen Schiedsgerichten geregelt werden, und die Wirtschaft kann kein starkes, dauerhaftes Wachstum absichern.

Aus diesem Grund werden diese illiberalen Demokraten, die der Politik den Vorrang geben, letztlich den Wohlstand und die Stärke ihres Landes und damit auch ihre eigene Legitimität untergraben.

Der Autor ist Wirtschaftswissenschaftler. Er war von 2007 bis 2013 Finanzminister Polens und danach stellvertretender Ministerpräsident seines Landes.

Sie erreichen ihn unter:
gastautor@handelsblatt.com